

Dr. Klaus von Dohnanyi

Erster Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien und Hansestadt Hamburg

„Unternehmen Hamburg“

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Mein Thema heute Abend heißt: „Unternehmen Hamburg“. Nachträglich scheint es mir fast, als hätte ich die Überschrift zu salopp formuliert; denn mein Thema ist die Zukunft Hamburgs.

Hamburg aber ist mehr als die Hamburger Wirtschaft, mehr als seine Arbeitnehmer, Gewerkschaften und Arbeitgeber. Hamburg ist auch mehr als der heutige Stadtstaat und mehr als seine staatliche Organisation. Hamburg ist Geschichte, Gegenwart – und Zukunft.

Unsere Stadt geht durch eine sehr schwierige Zeit. Die Zukunft Hamburgs hängt davon ab, ob Arbeitnehmer und Arbeitgeber, ob Wissenschaft und Technik, ob Politik und Wirtschaft an einem Strang ziehen. Auch Regierung und Opposition müssen in Grundfragen unserer Stadt immer wieder nach Gemeinsamkeiten suchen.

Gewiss, meine Damen und Herren: Hamburg gehört heute immer noch zu den reichen Regionen der Bundesrepublik und Europas – eine Feststellung der Kommission der Europäischen Gemeinschaft hat dies in diesen Tagen erneut bestätigt –, auch wenn sich das im Haushalt der Stadt – und Herr Stödter hat hier ja eben auf die Probleme hingewiesen – nicht unmittelbar widerspiegelt.

Jedermann, der unsere Stadt besucht, ist fasziniert von der Schönheit des grünen Hamburg. Eine behutsame Stadtentwicklung hat diese Schönheit gepflegt und gefördert. Hamburg ist auch eine soziale und kulturell interessante Stadt. Aber die wirtschaftliche Entwicklung läuft seit langem gegen uns. Wir wissen das, alle, die wir hier zusammen sind. Ich möchte drei wesentliche Tendenzen kurz beschreiben.

Die erste: Das so genannte Bruttoinlandsprodukt, also die Messziffer für die Leistungskraft, betrug im Jahre 1982 in Hamburg pro Erwerbstätigen etwa 89 000 DM und lag damit im Vergleich mit einem Bundesdurchschnitt von etwa 63 000 DM immer noch relativ hoch.

Aber die wirtschaftlichen Wachstumsraten waren in Hamburg schon während der letzten zwanzig Jahre in der Regel niedriger als die des Bundes. In der Dekade von 1960 bis 1970, also in den so genannten goldenen sechziger Jahren, erreichte Hamburg im Durchschnitt eine reale Wachstumsrate von knapp unter vier Prozent – immer noch eine Traumziffer aus heutiger Sicht –, im Bund lag sie damals über 4,5 Prozent. Und in der Zeit zwischen 1970 und 1982 betrug diese Wachstumsrate in Hamburg real knapp zwei Prozent, im Bund knapp drei Prozent, also immerhin um etwa 50 Prozent höher.

Die zweite Tendenz: Noch deutlicher sind die Zahlen des Arbeitsmarktes. 1970 lag die Arbeitslosigkeit in Hamburg bei 0,4 Prozent, im Bund bei 0,7 Prozent. 1975 waren in Hamburg 3,7 Prozent arbeitslos, im Bundesdurchschnitt 4,7 Prozent.

Noch 1980 lag Hamburg mit 3,4 Prozent Arbeitslosen unter dem Bundesdurchschnitt von 3,8 Prozent; aber Hamburg hatte sich im Bundesdurchschnitt schon damals deutlich angenähert.

Und im Oktober 1983 – der letzten Zahl, die uns heute zur Verfügung steht – lag die Arbeitslosigkeit in Hamburg bei 10,3 Prozent und damit deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 8,7 Prozent. Zum ersten Mal lagen wir auch seit August 1983 bei der Arbeitslosigkeit über den Zahlen des Nachbarlandes Schleswig-Holstein; dort zehn Prozent. Die Metropole, das muss man allerdings bedenken, muss oft auch die Probleme des Umlandes lösen und trägt damit auch dessen Lasten mit. Ich werde darauf zurückkommen.

Während der letzten drei Jahre hat sich die Arbeitslosigkeit in den Großstädten im Allgemeinen wesentlich beschleunigt. Es ist für uns kein Trost, aber mir scheint es notwendig zu wissen, dass gerade die norddeutschen

Dr. Klaus von Dohnanyi
23. Juni 1928. Deutscher Politiker
und Manager. In Hamburg
geboren. 1944/45 Kriegsdienst.
1946 Abitur, anschließend
Jurastudium in München mit
Promotion zum Dr. jur. und
Studienfortsetzung in den USA.
1953–1960 Leitender Mitarbeiter
bei Ford in Detroit und Köln.
Nachfolgend acht Jahre lang
Infratest-Geschäftsführer. 1968
Wechsel des Sozialdemokraten
in die Politik als Staatssekretär
bzw. ab 1972 als Minister. Erster
Bürgermeister seiner Vaterstadt
in den Jahren 1981–1988. Nach
der Wiedervereinigung verant-
wortliche Tätigkeiten im Aufbau
Ostdeutschlands, u. a. im Vorstand
der Treuhandanstalt. Begehrter
Schlichter bei Tarifstreitigkeiten.

Großstädte an einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosigkeit leiden. Ich nenne neben den 10,3 Prozent von Hamburg 11,3 Prozent in Hannover, 11,9 Prozent in Kiel und 12,9 Prozent in Bremen.

Die für Hamburg beschleunigte Arbeitslosigkeit fällt mit einem überdurchschnittlichen Verlust gerade industrieller Arbeitsplätze zusammen. 1960, meine Damen und Herren, gab es in Hamburg noch 316 000 Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe, ohne das Baugewerbe. Seither ging die Zahl der industriellen Arbeitsplätze um 137 000 oder rund 40 Prozent zurück. In der größten Industriestadt Westdeutschlands, nämlich in Hamburg, gibt es heute weniger als 180 000 industrielle Arbeitsplätze. Das umfasst natürlich nicht die Arbeitsplätze des Handwerks. Das heißt, nicht einmal jeder fünfte Arbeitnehmer ist heute in Hamburg im Bereich der Industrie tätig.

Im Bundesdurchschnitt gab es dagegen bis zum Beginn der siebziger Jahre noch eine Zunahme an industriellen Arbeitsplätzen. Erst nach 1970 gingen dort die industriellen Arbeitsplätze zurück, und zwar insgesamt um 19 Prozent. Das ist nicht einmal die Hälfte des relativen Arbeitsplatzverlustes, den wir in Hamburg gehabt haben.

Ich habe schon in meiner Regierungserklärung im Februar dieses Jahres auf die Gefahr hingewiesen, dass die Arbeitslosigkeit in Hamburg während der kommenden Jahre weiter ansteigen kann. Eine Untersuchung der zuständigen Behörden, die dem Senat vor einigen Wochen vorgelegt wurde und über die es auch Veröffentlichungen gegeben hat, unterstreicht dieses offenkundige Risiko. Wir arbeiten noch an Prognosen, die insbesondere die negativen Auswirkungen auf den Dienstleistungsarbeitsmarkt prüfen, die mit der Einführung neuer Kommunikationstechnologien und neuer Verfahrenstechniken im Bereich der Verwaltung verbunden sein können.

Der dritte kritische Markierungspunkt: Er liegt für uns in Hamburg in der negativen Schere zwischen den Einnahmen der Stadt auf der einen Seite und den Ausgaben des Hamburger Haushaltes auf der anderen.

Die Ausgaben, meine Damen und Herren, steigen insbesondere im Sozialbereich. Dort, wo Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe nicht, nicht mehr oder in unzureichender Höhe gezahlt werden, müssen die Städte mit Sozialhilfe einspringen. Die Haushalte der Gemeinden und Städte sind damit inzwischen das wirkliche soziale Netz unserer Gesellschaft geworden.

In Hamburg wurden 1983 rund 120 000 Menschen von der Stadt dauerhaft als Sozialhilfeempfänger versorgt. Und damit man sich klarmacht, was das heißt, nenne ich eine Vergleichszahl: Das sind etwa so viele Menschen, wie Augsburg insgesamt Arbeitnehmer hat.

Diese Sozialhilfeempfänger erhalten, wenn es sich um eine Familie mit zwei Kindern handelt, im Monat rund 1000 DM und zusätzlich Kosten für die Unterkunft. Die Unterstützung deckt oft die wesentlichen Lebensbedürfnisse einer Familie nicht.

Aber für die Stadt sind die Ausgaben immens. Vor einem Jahrzehnt betrugen die Gesamtkosten für Sozialhilfe in Hamburg 238 Millionen DM im Jahr. 1983 werden es etwa 850 Millionen DM sein.

Und um Ihnen wieder einen Vergleich zu geben: Wann immer Sie Hamburger Haushaltszahlen sehen und meinen, die Größe beurteilen zu wollen, vergleichen Sie sie mit dem Bund, indem Sie die Zahl mal zwanzig nehmen. Unser Haushalt ist etwa ein Zwanzigstel des Bundeshaushalts. Das heißt, wenn wir 800 Millionen DM ausgeben, ist es, als ob der Bund 16 Milliarden DM auszugeben hat. Nur so kann man das Gewicht einer solchen Ausgabe wirklich ermessen.

Meine Damen und Herren! Wir haben über diese Sozialausgaben hinaus erhebliche zusätzliche Kosten im Gefolge der wachsenden Arbeitslosigkeit, zum Beispiel durch zusätzliche Ausbildungsplätze, die wir gemeinsam mit dem Handwerk und mit der Wirtschaft in der Stadt finanzieren, und für zusätzlichen Umweltschutz, den wir nicht in vollem Umfange den Haushalten oder den Unternehmen aufbürden können oder dürfen.

Unsere Ausgaben übersteigen deshalb unsere Einnahmen, nicht anders als in anderen Bundesländern und in anderen Großstädten.

Hamburg galt immer als eine Stadt mit hohem Steueraufkommen. Im Län-

derfinanzausgleich, also in der Ausgleichung der Steuereinnahmen zwischen den Bundesländern, wird unsere Stadt auch heute noch so behandelt. Im Jahre 1982 hat Hamburg 431 Millionen DM im Länderfinanzausgleich an andere Bundesländer – auch an unsere Nachbarländer – gezahlt. Das war pro Kopf ein Betrag von 264 DM. Neben Hamburg zahlen im Länderfinanzausgleich heute nur noch Baden-Württemberg und Hessen, und zwar Baden-Württemberg in Höhe von insgesamt 1,8 Milliarden DM oder rund 193 DM pro Kopf – bei uns 264 DM – und Hessen 280 Millionen DM oder 50 DM pro Kopf – bei uns 264 DM. Hamburg ist mit 264 DM pro Kopf immer noch einsam an der Spitze der Finanzausgleich zahlenden Länder.

Es wird gelegentlich – und auch darauf haben Sie, Herr Professor Stödter, Bezug genommen – die Solidität unserer Finanzpolitik in den siebziger Jahren bestritten. Ich glaube, diese Behauptung entspricht nicht den Tatsachen.

Zwischen 1970 und 1980 betrug der Anteil des Finanzierungsdefizites – also der Finanzierungslücke – an den bereinigten Gesamtausgaben jährlich im Durchschnitt der Bundesländer 6,8 Prozent, einschließlich ihrer jeweiligen Gemeinden 7,6 Prozent. In Hamburg, wo Land und Gemeinde zusammenfallen, betrug während dieser Zeit das Finanzierungsdefizit im Durchschnitt insgesamt sieben Prozent, war also rund zehn Prozent niedriger als im Bundesdurchschnitt.

Aber seit 1980 ist unsere Lage schwieriger geworden. Damals schätzten wir zum Beispiel für 1982 Einnahmen im Steuerbereich und bei Gebühren in Höhe von 9,6 Milliarden DM voraus. Tatsächlich haben wir 1982, also zwei Jahre später, 400 Millionen DM weniger eingenommen. Und was das für eine Lücke bedeutet, können Sie ermes sen.

Hinzu kommen die unmäßig hohen Zinsen, die eine internationale Ursache haben und so – in dieser Höhe – für die Bundesrepublik und für Hamburg nicht erwartet werden konnten.

Niedrige Wachstumsraten, überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit und hohe Sozialausgaben sind das Ergebnis langfristiger Tendenzen.

Ich meine, wer unsere Lage heute verstehen will – und nur wer versteht, kann am Ende auch wirklich helfen –, der muss sich frei machen von einfachen Schuldzuweisungen und kleinkarierten, parteitaktischen Erklärungen.

Die Politik darf zwar ihre Einwirkung auf das wirtschaftliche Geschehen nicht unterschätzen. Eine falsche Wirtschaftspolitik müsste am Ende auch zu negativen Ergebnissen in den Unternehmen unserer Stadt führen. Aber Wirtschaftspolitik war sicherlich nicht der einzige und nach meiner festen Überzeugung nicht der wichtigste Einflussfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung des Stadtstaates Hamburg. Die heutige Lage Hamburgs und Norddeutschlands kann nicht in erster Linie in Kategorien staatlicher Wirtschaftspolitik, sei es der Landespolitik, sei es der Bundespolitik oder sei es der Weltwirtschaftspolitik, erklärt werden.

Ich meine, unsere Situation muss zunächst auf dem Hintergrund des so genannten Süd-Nord-Gefälles verstanden werden.

In der Bundesrepublik haben sich – wie in anderen Industrienationen übrigens auch, zum Beispiel zwischen den Oststaaten in den Vereinigten Staaten und Kalifornien – während der vergangenen Jahrzehnte die neuen Industrien verstärkt in den Regionen angesiedelt, die wegen geringerer Industrialisierung damals zunächst größere Arbeitskraftreserven zur Verfügung stellen konnten und die darüber hinaus besonders günstige Voraussetzungen für die Ansiedlung der neuen, im Wesentlichen auf wissenschaftlichen Entwicklungen gründenden Industrien bieten konnten. Universitäten, günstige klimatische und Freizeitbedingungen sind zu wesentlichen Faktoren dieser Entwicklung geworden. Und heute geht von diesen Regionen – das gilt, wie gesagt, für die Vereinigten Staaten, das gilt für Frankreich, das gilt für Großbritannien, das gilt für die Bundesrepublik Deutschland – ein wesentlicher Impuls für die wirtschaftliche Entwicklung aus.

Dieses Süd-Nord-Gefälle betrifft auch Hamburg. Es wurde verstärkt durch den Verlust des natürlichen Hinterlandes im Gefolge der Teilung Deutschlands und Europas. Es wurde weiter verschärft durch die nachlassende wirt-

schaftliche Bedeutung des uns standortmäßig näher gelegenen Ruhrgebietes.

Schließlich hat der Ausbau der Europäischen Gemeinschaft mit den bevölkerungsstarken Nationen im Süden und Westen Europas den Verlust des traditionellen mitteleuropäischen Hinterlandes Hamburgs noch schärfer akzentuiert.

Hamburg, meine Damen und Herren, ist heute als deutscher und als europäischer Standort geographisch Peripherie. Wirtschaftlich ist das nicht so und darf so auch nicht werden.

Der entscheidende Wettbewerbsvorteil, den Hamburg in dieser geowirtschaftlichen Situation aufweist, ist immer noch der Hafen und die mit ihm verbundene Rolle im Welthandel.

In der Tat: Die wachsende Bedeutung des Außenhandels hat in den Nachkriegsjahren Hamburg erhebliche Vorteile gebracht. Die Nachteile der Teilung Deutschlands und Europas konnten so zunächst kompensiert werden.

Aber Hamburgs Anteil am Export und am Import ist während der vergangenen Jahrzehnte ständig zurückgegangen. Vor dreißig Jahren betrug Hamburgs Anteil am gesamten Ex- und Importgeschäft über 23 Prozent, vor zwanzig Jahren – also Anfang der sechziger Jahre – nur noch 17 Prozent und 1980 nur noch etwa zehn Prozent.

Diese Entwicklung ist nicht das Ergebnis falscher Wirtschaftspolitik. Sie ist auch nicht allein das Ergebnis der geographischen Randlage, so bedeutend dies ist. Sie resultiert vielmehr aus vielerlei Faktoren: aus der Verschiebung wirtschaftlicher Schwerpunkte in der Bundesrepublik und Europa; aus weltwirtschaftlichem Strukturwandel; aus Veränderungen in der Warenstruktur des deutschen Außenhandels, aus veränderten Transportgewohnheiten und aus bahnbrechenden Veränderungen in den Kommunikationstechnologien.

Ein Beispiel für viele: Die Zunahme des Lastkraftwagenverkehrs im Im- und Export in Europa trifft Hamburg nicht nur hinsichtlich des Hafenumschlages, sondern auch hinsichtlich der ursprünglich mit dem Hafen verbundenen Dienstleistungen.

Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft ist es geographisch ja selbstverständlich, dass der Transport über Schiene und Straße häufig den Kosten des Seeverkehrs überlegen ist. Jetzt, in diesen Monaten, verzeichnen wir auch eine sprunghafte Zunahme des Anteils der Lkw-Transporte an den Importen aus dem östlichen Mittelmeer. Wenn Spanien und Portugal in einiger Zeit Mitglieder der Europäischen Gemeinschaft werden und sich zum Beispiel der Südfrüchteimport vermutlich vom Überseeimport noch stärker auf die Mittelmeerränder der Europäischen Gemeinschaft, zum Beispiel auf Spanien und Portugal, verlagert, wird der Standort Hamburg erneut benachteiligt.

Gleichzeitig wächst der Anteil technisch komplizierterer Produkte an unseren Exporten und Importen. Diese technisch komplizierten Produkte eignen sich aber immer häufiger, auch im Überseeverkehr, für den Transport mit Luftfracht. Und hier ist dann aus geographischen Gründen, wie wir leicht aus der Statistik sehen können, Frankfurt der große Umschlagplatz geworden.

Schließlich, meine Damen und Herren: Die Tendenz der Schwellenländer, nicht nur Rohstoffe, sondern Produkte einer höheren Verarbeitungsstufe zu exportieren, führt dazu, dass der Hafen Hamburg Verarbeitungskapazitäten und damit Umschlagvolumen verliert. Für die Fertigprodukte wiederum, die die Schwellenländer dann nach Europa liefern, sind andere Häfen – mit weniger Randlage, zentraler zu den großen Konsumbereichen Europas – verstärkt konkurrenzfähig.

Auf diese strukturellen Veränderungen haben Hamburgs Unternehmer und die Hamburger Wirtschaftspolitik in den vergangenen Jahrzehnten zu reagieren versucht, zum Beispiel durch einen verstärkten Ausbau der nicht mit dem Seeverkehr unmittelbar oder mittelbar verbundenen Tätigkeiten, durch den Ausbau von industriellen und gewerblichen Strukturen, die mehr auf die Konkurrenz mit den binnenwirtschaftlichen Industriezentren des europäischen Festlandes ausgerichtet sind.

Aber Unternehmen und Wirtschaftspolitik in Hamburg hatten keinen ausreichenden Erfolg. Es ist müßig, so scheint es mir, heute darüber zu streiten,

ob dies den Unternehmen oder der Politik anzulasten ist. Denn die tieferen Ursachen unserer heutigen Probleme liegen in der Geschichte unserer Stadt. Man könnte auch sagen: Hamburgs geschichtlicher Erfolg ist auch die Ursache Hamburgs heutiger Probleme.

Hamburgs Erfolg gründet auf einem natürlichen, auf einem ungewöhnlichen Produktionsfaktor: auf der Elbe, der Nordsee, dem Weltmeer – also auf dem Wasser.

Alles, was für die wirtschaftliche Geschichte unserer Stadt entscheidend war, findet seinen Ursprung irgendwo in dieser einen Quelle unserer Stadt: dem Wasser als Verkehrsweg. Im Handel über die Weltmeere, im Schiffbau, in seinen Zulieferindustrien und in den Industrien am Wasser, die vorwiegend Produkte verarbeiten, für die der Hafen ein besonders günstiger Standort ist.

Aber weil Elbe, Nordsee und die Weltmeere so lange Zeit so ertragreich und so bedeutsam für die Entwicklung Hamburgs waren, haben wir nicht rechtzeitig erkannt, dass die wirtschaftliche Entwicklung im Industriezeitalter natürliche Standortvorteile – also Vorteile, die sich auf Bedingungen der Natur gründen – in ihrer Bedeutung immer weiter zurückdrängt. Diejenigen Industriestädte, die auf Kohle- oder Erzlagerstätten gegründet wurden, illustrieren diese Entwicklung überdeutlich.

Statt der natürlichen Produktionsfaktoren wächst im wissenschaftlich-technischen Zeitalter die Bedeutung der von Menschen, der von Wissenschaft und Technik geschaffenen Standortvorteile. Und hier liegt heute Hamburgs wirkliche Schwäche. Der Industrieverband hat dankenswerterweise mit einer Studie – „Hamburgs Industrie 1960 bis 1982“ – auf diese Entwicklung und die Auswirkungen und die Lage in, wie ich meine, tief schürfender Weise kürzlich hingewiesen.

Meine Damen und Herren! In der Geschichte unserer Stadt – und ich habe sie in den letzten Jahren intensiv in vielen Büchern nachgelesen – liest man oft kritische Bemerkungen über die Vernachlässigung von Wissenschaft und Kultur in Hamburg. Es ist sicherlich falsch, wenn behauptet wird, Hamburg sei wissenschafts- oder sogar kulturfeindlich. Schon die unzähligen bestehenden wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen widerlegen diese Behauptung.

Aber die Tatsache, dass zum Beispiel Hamburg eine Universität erst im Jahre 1919 gegen den Willen der Hamburger wirtschaftlichen und politischen Führungsschicht als Folge der Revolution und als Folge radikaler politischer Veränderungen erhielt, war sicherlich kein Zufall. Die Hamburger Kaufleute meinten damals: Am besten lernt man im Kontor!

Andere Städte, die keinen so einmaligen, natürlichen Standortvorteil hatten wie Hamburg an der Elbe, mussten ihre Entwicklung viel früher auf Wissenschaft und Technik gründen. München ist hierfür ein Beispiel.

Hamburg hat durch seine Geschichte auch einen Kaufmannsgeist entwickelt, der noch immer sehr viel mehr von Schifffahrt und Handel geprägt ist als vom industriellen, wissenschaftlichen Unternehmertum, das anderenorts aber dieses Jahrhundert geformt hat und immer mehr formen wird.

Ich komme hier zum Kern meiner These: Städte wie Hamburg, die ihren Wohlstand in erster Linie natürlichen Produktionsfaktoren – also natürlichen Bedingungen – verdanken, neigen dazu, ihre Kraft immer wieder auf die Ausschöpfung dieses – durch natürliche Produktionsfaktoren gegebenen – Standortvorteils zu konzentrieren. Sie neigen damit aber zugleich auch dazu, die Ausbildung und die Gewinnung von Menschen, die Arbeitsplätze durch Wissenschaft und Technik ohne einen natürlichen Standortvorteil schaffen zu können, zu vernachlässigen.

Der Einfluss von Wissenschaft und Technik auf die wirtschaftliche Entwicklung wird in den kommenden Jahrzehnten weiter zunehmen. Er wird sich beschleunigen. Und diejenigen Standorte werden in Zukunft die größten Chancen haben, die nicht nur im Bereich von Wissenschaft und Technik überlegen sind, sondern die auch durch Wohnqualität, Freizeitwert und Kultur die größte Anziehungskraft auf diejenigen Menschen ausüben, die Schöpfer der

neuen Industrien und Dienstleistungen sind. Denn der Kopf bringt seinen Standort mit.

Aus diesem Grunde brauchen wir eine neue Ausrichtung der Entwicklung unserer Stadt, eine neue Hamburg-Politik. Eine Politik, die die Pflege menschlicher Fähigkeiten im wissenschaftlichen, technischen und wirtschaftlichen Wettbewerb noch stärker in den Vordergrund stellt. Eine Politik, die sich ausrichtet auf die Gewinnung kreativer Menschen für Hamburg. Eine Politik, die den Wettbewerb Hamburgs gegenüber anderen Städten auf dem Kontinent, in der Bundesrepublik und in Europa, in allen Bereichen offensiv aufnimmt. Eine offensive, auf den Kontinent ausgerichtete Wettbewerbspolitik, eine Politik, die, ohne die internationale Wettbewerbsfähigkeit zu schmälern, Hamburgs Wettbewerbskraft kontinental ausrichtet.

Hamburg bleibt natürlich eine Hafenstadt, und die Wettbewerbsfähigkeit unseres Hafens bleibt eine vorrangige Aufgabe. Hamburgs Zukunft liegt aber nicht mehr in erster Linie auf dem Wasser, sondern immer stärker auf dem Lande.

Wir werden Jahre, vielleicht Jahrzehnte brauchen, um diesen Wettbewerb zu bestehen. Aber die Grundlagen für die neue Entwicklung müssen in unserer Zeit gelegt werden. Und zwar gerade weil die Früchte unseres Handelns eine so lange Zeit zum Reifen brauchen werden.

Was, meine Damen und Herren, müssen wir tun?

Ich will zunächst sagen, was wir nicht tun dürfen: Die Pflege des Neuen darf nicht die Vernachlässigung dessen bedeuten, was wir haben und was uns noch immer prägt.

Wer Unternehmenspolitik betreibt – und ich habe ja zu meiner eigenen Erfahrung sowohl in einem großen Industrieunternehmen gearbeitet als auch fast ein Jahrzehnt ein eigenes Unternehmen geleitet –, weiß, dass es im Grunde genommen immer darauf ankommt, bestehende Stärken des Unternehmens weiter zu festigen und auszubauen, während man zugleich erkannte Schwächen ausgleicht und Versäumtes nachholt.

Standortpolitik für eine Stadt heißt nichts anderes. Es geht darum, die bestehenden Stärken zu sichern, zu festigen, sie nicht zu gefährden. Und zugleich, die erkannten Schwächen schrittweise auszugleichen.

Deswegen zunächst einige Worte zum Hafen.

Angesichts der allgemeinen Verschärfung des Wettbewerbs hat auch der Wettbewerb zwischen den Häfen in Europa zugenommen. Dies gilt insbesondere für die für Hamburg besonders wichtigen Häfen Rotterdam, Antwerpen und Bremen.

Wettbewerb wird uns aber zunehmend mit der Verschiebung von Produktions- und Konsumschwerpunkten in den Süden der Bundesrepublik auch durch die italienischen und französischen Mittelmeerhäfen erwachsen.

Der Hamburger Hafen bedarf wegen seiner Randlage besonders günstiger Verkehrsanschlüsse. Der Senat hat deswegen kürzlich beschlossen, gegenüber der Deutschen Bundesbahn für den Bau einer zusätzlichen Schienenkapazität für den Gütertransport im Verkehrsbereich Hamburg einzutreten – also das, was in der Kurzsprache der Stadt „Südliche Güterumgehung“ heißt. Das ist ökonomisch und ökologisch möglichst zweckmäßig durchzuführen, dies scheint mir selbstverständlich. Aber die notwendige zusätzliche Schienenkapazität müssen und werden wir bauen.

Ebenso müssen die Verkehrstarife von und nach Hamburg wettbewerbsfähig sein. Da innerhalb der Europäischen Gemeinschaft eine Liberalisierung der Verkehrstarife für den grenzüberschreitenden Verkehr erfolgt ist – also für den Verkehr von Rotterdam bis nach München –, muss dafür gesorgt werden, dass – innerhalb der Bundesrepublik wettbewerbsneutral – die deutschen Seehäfen wettbewerbsfähige Verkehrstarife bekommen.

Durch den Hafen entwickelte sich Hamburg zu einem internationalen Dienstleistungszentrum. Die Verschiebung der Transportstrukturen für Importe und Exporte zugunsten von Schiene, Straße und Luftfracht bedeutet, soweit sie erfolgt, nicht nur eine Beeinträchtigung für den Hafenumschlag, sondern auch eine Gefahr für das der Hafenfunktion entsprechende Dienst-

leistungsgewerbe.

In Branchen, die in der Vergangenheit ganz selbstverständlich das Welthandelszentrum Hamburg zum Unternehmensstandort gewählt haben, gab es während der letzten Jahre erfolgreiche Unternehmensgründungen, ja sogar Unternehmensverlagerungen nach Süddeutschland. Denn die dortige Nähe zum Verarbeitungs- und Verbraucherzentrum und die Unabhängigkeit vom Hafenumschlag durch den Transport über den Lastwagen machen derartige Unternehmensverlagerungen möglich und rechnerisch interessant.

Hamburg kann, meine Damen und Herren, diesen Strukturwandel nicht unmittelbar beeinflussen. Wir können die Veränderungen der Wettbewerbsstruktur, der Lieferstrukturen in der Europäischen Gemeinschaft, nicht aus Hamburg heraus unmittelbar prägen. Aber wir müssen versuchen, durch den Ausbau moderner Kommunikationstechnologien in Hamburg sicherzustellen, dass die Nachteile des geographisch-peripheren Standortes durch diese Kommunikationsmittel so weit wie möglich kompensiert werden.

Nun ist es richtig, dass neue Kommunikationstechnologien auch ein erhebliches Rationalisierungspotenzial und damit auch Gefahren für den Hamburger Arbeitsmarkt bergen. Rationalisierung aus Wettbewerbsgründen kann andererseits auch bestimmte Produktionen erhalten und neue Chancen öffnen. Allerdings ist es aus meiner Sicht eine unrichtige Vereinfachung, wenn behauptet wird, immer entstünden für Rationalisierungsmaßnahmen auch entsprechende Arbeitsplätze in der Produktion der neuen Technologien. Soweit ein solcher Ausgleich zustande kommt, meine Damen und Herren, fände er im Augenblick dann ohnehin wohl eher im süddeutschen Raum statt.

Dennoch: Wenn wir die Arbeitsplätze wollen, darf Hamburg sich diesen Entwicklungen und den mit ihnen verbundenen möglichen Rationalisierungen nicht verschließen. Allerdings bedeutet das auch, dass wir in Hamburg eine Politik betreiben müssen, die stets an der Spitze des sozialen Ausgleichs steht.

Rationalisierungen können ja in der Tat auch der Humanisierung von Arbeitsplätzen dienen. Aber dann muss es gemeinsame Politik aller Hamburger Kräfte werden, durch verantwortliche Mitbestimmung, durch zweckmäßige und finanzierbare Arbeitszeitverkürzung und durch den Ausbau eines „zweiten“ Arbeitsmarktes die soziale Qualität unserer Stadt noch stärker zu einer Attraktion des Standortes Hamburg zu machen.

Ich komme zurück auf den internationalen Dienstleistungsstandort Hamburg.

Wir müssen wissenschaftliche Einrichtungen im Bereich der Wirtschafts- und Handelsforschung – und es gibt zahlreiche davon in unserer Stadt – noch stärker als bisher als Dienstleistungsangebote für die Hamburger Wirtschaft organisieren, um auf diese Weise den Standort Hamburg für die mit der Weltwirtschaft verbundenen Dienstleistungsunternehmen zu festigen und zu verhindern, dass aufgrund veränderter Transportstrukturen an anderer Stelle in der Bundesrepublik entsprechende Handelseinrichtungen erfolgreich entstehen können. Dabei sollten wir anstreben, auf diesem Wege Hamburg zunehmend zu einem bevorzugten europäischen Standort für die industriellen Schwellenländer zu machen, die sich ja nun in verstärktem Umfang in Europa ansiedeln.

In diesem Zusammenhang könnte auch eine Verstärkung des Fremdsprachenunterrichts zum Beispiel in den Hamburger Schulen den Hamburger Arbeitnehmern und den Hamburger Unternehmen künftig zusätzliche Wettbewerbschancen geben. Je mehr Jungen und Mädchen nicht nur Englisch, sondern auch andere, in der Weltwirtschaft wichtige Sprachen erlernen, zum Beispiel Spanisch, Französisch, Russisch – was schon in großem Umfang in der Stadt geschieht –, aber auch asiatische Sprachen, wie Japanisch, desto besser wird dies für das Welthandelszentrum Hamburg sein.

Lassen Sie mich an dieser Stelle ein Wort zum Ausbau der Messe in Hamburg sagen, die ja für die Dienstleistungsseite des Welthandelszentrums Hamburg von großer Bedeutung ist. Hamburg hat in diesem Bereich im vergangenen Jahrzehnt Bedeutsames geleistet, aber Hamburg hat hier spät angefangen, und es ist unbestritten, dass die Hamburger Messe im Vergleich zu

den Messen in Westdeutschland, also in Köln, Düsseldorf und Frankfurt, aber auch im Vergleich zu München, heute nur begrenzt wettbewerbsfähig ist.

Nun können wir den großen Vorsprung anderer Messestandorte sicherlich nicht einholen. Dafür wäre auch unsere geographische Randlage kaum geeignet.

Aber wir müssen den konsequenten Ausbau von Spezialmessen in unserer Stadt betreiben, insbesondere von solchen Messen, die mit wissenschaftlichen und anderen Kongressen verbunden sind. Deswegen ist für mich auch die Verbindung von CCH und Messegelände ein wichtiger Punkt.

Nach dem Hafen und den mit ihm verbundenen Dienstleistungen für den Welthandel und der Messe ist der Medienbereich ohne Zweifel einer der wichtigsten einzelnen Wirtschaftszweige für Hamburg.

Als bedeutende Medienmetropole der Bundesrepublik muss Hamburg auch für die neuen Medien ein wichtiger Produktionsstandort sein.

Ich habe anlässlich der vierten „Hamburger Medientage“ vor einigen Wochen die Zielrichtung meiner Politik dargelegt: Wir sehen zwar die Probleme der neuen Medien. Wir unterschätzen nicht die möglichen negativen sozialen Folgen. Wir beantworten auch Fragen, die in der Bürgerschaft durch die Inhalte von Videokassetten und die Probleme, die hier für Schulkinder und so weiter entstehen. Wir sehen diese Sorgen. Aber wir können und werden uns den neuen Medien nicht verschließen dürfen. Denn wenn wir dies täten, so würden wir die neuen Medien in Hamburg am Ende dennoch bekommen – allerdings nicht die damit verbundenen Arbeitsplätze. Deswegen heißt unsere Politik: Nicht abwehren, sondern gestalten.

Hamburg ist heute das Zentrum der Printmedien, also der gedruckten Medien. Aber im Bereich der Film- und Fernsehproduktionen ist München als Standort wichtiger.

Der deutliche Vorsprung Münchens in der Filmproduktion, die Beteiligung des größten deutschen Auftraggebers für Fernsehproduktionen, nämlich des WDR, an der Bavaria und die Aufteilung der ZDF-Produktionen zwischen München mit 50 Prozent, Berlin und Hamburg mit je 25 Prozent, haben dem Standort München einen deutlichen Vorsprung gegeben.

Hamburg hat seit 1979 ebenfalls ein Filmförderungsmodell entwickelt. Wir haben es 1982 durch eine wirtschaftliche Filmförderung ergänzt. Und ich will nur nebenbei bemerken: Wenn im Haushalt 1984 Kürzungen der Filmförderung erfolgen, so muss ich darauf hinweisen, dass das Fördervolumen gegenüber 1981 immer noch erheblich steigt und dass dies eine Ausbaumöglichkeit bedeutet.

Ich möchte, meine Damen und Herren, dass Hamburg an Bedeutung in der deutschen Filmproduktion wieder gewinnt, im Interesse der Arbeitsplätze. In diesem Zusammenhang muss auch überprüft werden, ob wir für diese Bereiche in Hamburg Ausbildungseinrichtungen schaffen müssen; denn der Ausbildungsort wird offenbar gerade für die qualifizierten Absolventen oft zum künftigen Arbeitsstandort. Die Gewinnung kreativer Menschen durch die Ausbildung ist eben ein gewichtiger Punkt.

Wenn ich die Schwerpunkte Hafen, weltwirtschaftliche Dienstleistung und Medien zunächst behandelt habe, dann bedeutet das keine Unterschätzung des Industriestandortes Hamburg. Der Verlust der Arbeitsplätze war hier während des vergangenen Jahrzehnts besonders markant. Ich habe darauf hingewiesen. Zugleich gab es in der Vergangenheit beachtliche industrielle Ansiedlungen, zum Beispiel den Ausbau von Messerschmitt-Bölkow-Blohm, dessen Erhalt übrigens, so scheint mir, nur durch die Hamburger Beteiligung gesichert werden konnte; nur so wurde eine weitere Verschiebung in Richtung Süddeutschland verhindert. Ich nenne die Ansiedlung von Reynolds, es gab auch die uns gerade heute mit so viel Sorge erfüllende Ansiedlung der Hamburger Stahlwerke.

In der Vergangenheit waren die Unternehmensansiedlungen immer noch stark von der besonderen Lage Hamburgs als Hafenstadt und als Platz für die Anlandung spezifischer Rohstoffe und ihrer Verarbeitung geprägt. In Zukunft müssen wir mehr industrielle Ansiedlungen und Entwicklungen in denjenigen Bereichen ermöglichen, die mit Wissenschaft und Technik verbunden

sind. Die Voraussetzungen dafür sind in Hamburg besser, als mancher kritische Betrachter meint, aber ich füge auch hinzu – und nur die Wahrheit kann uns ja helfen –, die Voraussetzungen sind deutlich ungünstiger als zum Beispiel in München oder in Stuttgart.

Und dies liegt nicht in erster Linie daran, dass uns hierfür die geeigneten Institutionen fehlen. Obwohl wir auch hier, was Technologietransfer und seine möglichen institutionellen Voraussetzungen angeht, noch konsequenter nachdenken werden. Insbesondere die Möglichkeit eines schnellen und großzügigen Zugangs zu sinnvoll eingesetztem Risikokapital wird zu prüfen sein. Die Hamburger Banken sollten in dieser Entwicklung, die heute eine große Rolle in der Bundesrepublik zu spielen beginnt, an der Spitze stehen. Der Senat wird diese Frage mit den Banken in der Stadt aufnehmen.

Mindestens so wichtig scheint mir jedoch die Zusammenarbeit zwischen Hochschulen, Wissenschaft und Technik auf der einen und Wirtschaft auf der anderen Seite. Hamburg verfügt über bedeutende wissenschaftlich-technische Forschungseinrichtungen, und zwar sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor. Die Gründung der Technischen Universität Hamburg-Harburg durch Hans-Ulrich Klose, mehr als fünfzig Jahre – so lange haben wir gebraucht – nach der Forderung durch Max Brauer, wird die Fundamente hier jetzt vertiefen und verbreitern helfen.

Und dennoch, wir haben gerade in diesen Tagen von dem Abzug der Forschungseinrichtung von Unilever gehört. Ich möchte an dieser Stelle und aus diesem aktuellen Anlass das Unternehmen noch einmal ausdrücklich bitten, die Entscheidung zu überdenken. Hamburg ist bereit, mit dem Unternehmen – dessen betriebswirtschaftliche Überlegungen ja durchaus nachvollziehbar sind für uns – über die Rahmenbedingungen der Forschungsarbeit von Unilever in Hamburg erneut zu sprechen. Wir sind bereit, alles Mögliche zu tun, was diese wichtige Forschungseinrichtung in Hamburg halten kann.

Allerdings, meine Damen und Herren, helfen Forschungseinrichtungen wenig, wenn sie von der Wirtschaft nicht entsprechend genutzt und die Forschungsergebnisse nicht auch am Standort Hamburg umgesetzt werden.

Und hier mangelt es nach meiner Überzeugung am Kontakt zwischen der Wirtschaft und den Forschern. Eine der gesellschaftlichen Schwächen unserer Stadt, nämlich der geringe Kontakt zwischen den verschiedenen Arbeitsbereichen, macht sich hier, so scheint mir, besonders nachteilig bemerkbar.

Probleme dieser Art stellen sich sicherlich nicht nur in Hamburg. Aber sie wirken sich bei uns eben deswegen besonders nachteilig aus – also der unzureichende Kontakt zwischen Wirtschaft und Forschungseinrichtungen –, weil wir eben hier nicht, anders als in München oder in Stuttgart, die ganze Breite und Tiefe einer technisch-wissenschaftlichen Wirtschaftsstruktur haben. Initialzündungen sind daher bei uns von besonderer Bedeutung.

Deswegen wird der Senat zusätzliche Anstrengungen unternehmen, um die organisatorischen Voraussetzungen für den Kontakt zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu verbessern. Einige Fortschritte haben wir in den letzten Jahren gemacht. Und für Gesprächskreise, wie sie zum Beispiel von der Vereins- und Westbank organisiert werden, bin ich besonders dankbar.

Denn aufgerufen, meine Damen und Herren, sind hier natürlich in erster Linie wiederum die Unternehmer selbst, wie zum Beispiel im Zusammenhang mit der Aufforderung, am Zentrum für moderne Energietechnik in Hamburg zu arbeiten und dazu beizutragen. Sie selbst – als Unternehmen – müssen die bestehenden Einrichtungen nutzen, auf ihre Fortentwicklung Einfluss nehmen und für neue Einrichtungen die notwendigen Impulse geben. Der Senat hat dort ein offenes Ohr. Von der Hochschule für bildende Künste als Beraterin für Formgebung und Industrial Design bis zu den technischen Labors unserer Hochschulen, an der Universität, an der Fachoberschule, an der neuen Technischen Universität Hamburg-Harburg: Sie alle stehen offen, sie alle müssen genutzt werden.

Immer wieder fällt mir allerdings auf, wie wenig die Hamburger Wirtschaft – übrigens auch die Hamburger Politik – Kontakte zu Wissenschaft, Technik und Kultur im übrigen Bundesgebiet und in der Europäischen Gemeinschaft pflegt. Wenn ich meine Kollegen im Senat frage, welche Entscheidungen in

Nordrhein-Westfalen oder in Niedersachsen in bestimmten Bereichen gefallen seien, dann können sie mir die Antwort darauf meistens geben. Wenn ich frage, was München oder Stuttgart oder Frankfurt in einer solchen Sache macht – wobei ich meine, dass deren Entscheidungen für unsere Entwicklung manchmal bedeutsamer sind als die landespolitischen Entscheidungen in anderen Hauptstädten –, dann wissen wir in der Politik darüber zu wenig. Aber das gilt dann auch für die Wirtschaft.

Ich will das an einem Beispiel illustrieren. Vor einigen Wochen habe ich an einem Spitzengespräch des Stifterverbandes der Deutschen Wissenschaft auf der Villa Hügel in Essen teilgenommen. Wir haben in Hamburg ja auch eine regionale Gruppe des Stifterverbandes. Von den knapp fünfzig Teilnehmern kam nahezu die Hälfte – fast 50 Prozent – aus Süddeutschland, das heißt aus der Region südlich des Mains. Vorstände bedeutender Unternehmen waren vertreten. Ich will hier keine Schleichwerbung treiben, aber es waren Unternehmen, die sie alle respektieren und mit ihrem Namen kennen; bedeutende internationale Unternehmen. 40 Prozent der Teilnehmer kamen aus dem Westen der Bundesrepublik, also aus der Region von Frankfurt bis Aachen. Aus dem Norden, also aus Hannover, aus Kiel, aus Bremen, aus Hamburg, kamen insgesamt drei Personen: der Kollege Sinn, der Vizepräsident der Technischen Universität Hamburg-Harburg und ich selbst. Außer uns war aus ganz Norddeutschland niemand zu sehen, wohl aber die großen Unternehmen Süddeutschlands und Westdeutschlands.

Diese Statistik ist nach meinem jetzt über zweijährigen Eindruck keine Zufallsstatistik. Sie entspricht vielmehr dem Eindruck, den ich während der letzten Jahre vielfach gewonnen habe.

Ich weiß, meine Damen und Herren, der Weg zu derartigen Veranstaltungen ist für Hamburger häufig mühsamer und zeitraubender. Die Aufrechterhaltung guter Verkehrsverbindungen nach Hamburg – und von Hamburg in die Bundesrepublik – ist deswegen eine wichtige strukturpolitische Aufgabe von Bundesbahn und Lufthansa. Und der Senat beobachtet die Entwicklungen der Verkehrsverbindungen, und dort, wo sie negative Akzente bekommen, interveniert er.

Aber wir Hamburger dürfen uns nicht aufgrund unvermeidlicher Unbequemlichkeiten einer geographischen Randlage aus der Gesamtentwicklung der Bundesrepublik ausklinken lassen – im Gegenteil: Wir müssen gerade auch in München, in Stuttgart, in Frankfurt, in Köln und in Düsseldorf besonders aktiv sein. Wir müssen unsere Stadt dort auch im persönlichen Gespräch besonders attraktiv darstellen, weil eben Standortentscheidungen sehr häufig auch durch persönliche Informationen beeinflusst werden. Und so wird dann auch Wettbewerb gemacht.

Im Übrigen sei festgestellt: Es ist wichtig, aber es genügt nicht für die Zukunft Hamburgs, zu wissen, wie die Häfen der Welt ausgebaut werden. Die Hamburger Wirtschaft und die Hamburger Politik müssen künftig ihre Aufmerksamkeit wesentlich stärker auf das Konkurrenzverhalten der wichtigen Industriezentren der Bundesrepublik und Europas ausrichten.

Wenn es darum geht, Hamburg als Standort für neue Unternehmensgründungen attraktiver zu machen und Unternehmen hier in Hamburg zu halten, spielt die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft, Politik und Verwaltung eine wichtige Rolle. Es gibt hierüber Klagen, es gibt diese Klagen aber nicht nur in Hamburg. Ähnliches hört man aus allen Großstädten. Allerdings sind solche Klagen für uns angesichts anderer Standortnachteile, über die ich sprach, besonders gewichtig.

Der Senat ist auf dem Wege, durch eine Entflechtung der Zuständigkeiten, insbesondere zwischen den Bezirken und der Bürgerschaft oder dem Senat, schnellere Entscheidungen zu ermöglichen. Zugleich, meine Damen und Herren – und das sage ich an alle die, die sich in der Reform der Verwaltung der Stadt engagieren –, soll die Entscheidungsfähigkeit der Stadt gestärkt und eine Balkanisierung der Stadt in sieben Bezirke verhindert werden.

Bürger nah in Hamburg zu entscheiden heißt eben, für alle Hamburger zu entscheiden. Unvermeidliche Unbequemlichkeiten, die dabei in einzelnen Bezirken anfallen, wie der Fluglärm in Langenhorn oder der Güterverkehr in

Wilhelmsburg, müssen getragen werden. Gewerbe muss in Hamburg in der Nähe der Wohnbereiche bleiben. Dies ist immer zugleich Vorteil und Nachteil einer Stadtregion.

Um die Wege zur Verwaltung kürzer und die Durchsetzbarkeit wichtiger Entscheidungen für die Arbeitsplätze in Hamburg zügiger zu machen, befürworte ich die Absicht des Wirtschaftssenators, noch in diesem Winter ein Konzept für eine privatwirtschaftlich organisierte Wirtschaftsförderungsgesellschaft vorzulegen. Dieser Schritt und eine verbesserte Übersicht über die zur Verfügung stehenden Gewerbeflächen, wie sie kürzlich im Senat vorgelegt wurde, werden eine noch intensivere Standortpolitik möglich machen.

Auch, meine Damen und Herren, die allgemeinen Rahmenbedingungen für Unternehmen sind für die künftige Entwicklung des Standortes Hamburg von großer Bedeutung.

Es geht dabei nicht nur um spezifische Unternehmenskosten, wie Gewerbesteuer und Gebühren. Der Senat hat während der vergangenen Jahre wiederholt Kostenvergleiche angestellt. Ich selbst habe aus diesen Vergleichen den Eindruck gewonnen, dass die Kosten in Hamburg durchaus wettbewerbsfähig mit den Kosten anderer Großstädte sind, auf jeden Fall, was die Kosten angeht, die die Stadt unmittelbar beeinflussen kann. Und das gilt nach meiner Information auch für unsere Energiepreise.

Aber keine statistische Untersuchung ersetzt die Einzelerfahrung des Unternehmers. Ich wäre deswegen dankbar – ich habe das in den letzten beiden Jahren wiederholt bei vergleichbaren Veranstaltungen gesagt –, wenn mir in jedem Einzelfall, in dem ein Unternehmen glaubt oder weiß, dass die Standortkosten in Hamburg ungünstiger sind als in einer vergleichbaren Großstadt, dies persönlich mitgeteilt und belegt wird. Ich will mich dann gern um das kümmern, was meinerseits oder durch den Senat verbessert werden kann.

Eines können wir in Hamburg allerdings nicht ausgleichen: die besonderen Förderbedingungen des Umlandes. Diese besonderen Förderbedingungen unmittelbar vor unserer Haustür müssen auf mittlere Sicht den heutigen ökonomischen Realitäten angepasst werden. Eine Fortführung der heutigen Förderstruktur müsste sonst auf die Dauer den Kern der Metropolregion aushöhlen.

Wir hören, meine Damen und Herren, ja vielfach Angriffe, auch auf den Senat, wegen der Abwanderung von Menschen und Unternehmen. Es gibt sicherlich auch politische Möglichkeiten – ich komme darauf noch zurück –, um solcher Abwanderung entgegenzutreten. Und dies ist ein Ziel unserer Standortpolitik.

Aber wirksamer noch als derartige Vorwürfe, so scheint mir, würde sein, wenn man jenseits aller parteipolitischen Grenzen intensiv daran mitwirkt, dass Hamburg nicht auf die Dauer von einer ungerechten Förderstruktur umklammert bleibt.

Es sind im Übrigen ja nicht nur die ökonomischen Faktoren, die die Rahmenbedingungen für die Unternehmen einer Stadt ausmachen. Es ist auch der Umgang der Behörden mit den Unternehmen, es ist das politische Klima in einer Stadt, es ist mit anderen Worten ein psychologischer Faktor, der hier eine große Rolle spielt.

Ich weiß, dass dieses Klima in den vergangenen Jahren nicht immer so war, wie es sein müsste. Und dies ist sicherlich nicht allein von einer Seite zu verantworten. Aber alle sollten sich nun dringend bemühen, im Interesse des Standortes Hamburg ein gutes Klima zwischen Politik und Wirtschaft sicherzustellen. Ich jedenfalls bleibe darum bemüht.

Ich halte dies für eine sehr wesentliche Frage und bitte Arbeitgeber und Arbeitnehmer in der Stadt, aber auch die Medien, diesen Gesichtspunkt immer im Auge zu haben.

Politik, meine Damen und Herren, wird ja eine immer härtere Arbeit. Nicht nur wegen des nahezu unerträglichen Zeitaufwandes. Und auch nicht nur, weil nur eine geringe Bereitschaft besteht, die Ergebnisse unserer Arbeit objektiv – ich erwarte ja gar nicht Wohlwollen – an den realen Gegebenheiten zu messen, mit denen wir zu ringen haben.

Zu diesen Gegebenheiten gehört auch die Hamburger Verfassung, die eine zielorientierte und konzentrierte Politik wirklich schwerer macht als die Verfassung anderer Bundesländer. Dies kann an dieser Stelle nicht vertieft werden, bedarf aber nach meiner festen Überzeugung in den nächsten Jahren neuer Gedanken.

Unser größtes Problem in der Politik ist jedoch, dass sich immer breitere Kreise auf das Privatleben zurückziehen, so dass gerade der auf die befähigten Bürger angewiesenen politischen Arbeit oft der entsprechende Nachwuchs fehlt.

Wie oft höre ich von meinen Freunden und Bekannten in der Stadt: „Wie kannst du überhaupt auf die Dauer eine solche Arbeit mit einem solchen Zeit- und Arbeitsaufwand machen, und was zahlst du gewissermaßen privat und in deinem eigenen Leben eigentlich für diesen Aufwand?“

Meine Damen und Herren! Die Demokratien wurden auf das politische Engagement der Bürger gegründet. Sie könnten die Flucht der Bürger in das Privatleben auf längere Zeit nicht überleben.

Eine wichtige Aufgabe für das Unternehmen Hamburg in den kommenden Jahren wird es sein, sich darauf einzustellen, dass neue Unternehmen, insbesondere kleinere Gewerbebetriebe, auch auf wissenschaftlich-technischem Hintergrund, sowie entsprechende Dienstleistungsunternehmen am Standort Hamburg angesiedelt werden und diesen nicht nur ökonomisch, sondern auch im Übrigen positiv beurteilen.

Folglich werden die Wohn- und Arbeitsbedingungen, das kulturelle Umfeld, die Freizeitmöglichkeiten unserer Stadt ein immer größeres Gewicht für die Standortentscheidung – ich sage das einmal so – einer neuen Intelligenz haben. Wohnen und Arbeiten in Hamburg müssen deswegen noch enger zusammengeführt werden. Die Freizeitmöglichkeiten für die Bewohner unserer Stadt müssen weiter entwickelt werden.

Lassen Sie mich zunächst zum Wohnen in Hamburg ein Wort sagen.

Die Wohnungspolitik des Senats ist in der Vergangenheit oft kritisiert worden. Angeblich haben wir bauwillige Familien aus der Stadt vertrieben. Unsere Politik – das sollte man aber bedenken – stand und steht vor einem schwierigen Dilemma: Auf der einen Seite sind wir nämlich verpflichtet – und ich bin sicher, Sie alle stimmen dem zu –, sozial schwächeren Familien in unserer Stadt Wohnungschancen im sozialen Wohnungsbau zu geben. Auf der anderen Seite darf Hamburg sich aber nicht in eine Stadt verwandeln, in der die sozial Schwächeren zwar ihre Chance haben, aber die sozial Starken, also die Besserverdienenden, das heißt die kräftigeren Steuerzahler, sich abgewiesen fühlen.

Aus diesem Grund bin ich der Überzeugung, dass wir in der Tat unsere Wohnungsbaupolitik in einigen Akzenten korrigieren müssen. Insbesondere sollten wir mehr Flächen als bisher für den Bau von Eigenheimen zur Verfügung stellen. Und wir sollten uns weniger als bisher an Grundsätzen der Vergabe des Erbbaurechts orientieren.

Ich weiß, meine Damen und Herren, eine solche Korrektur ist nur möglich, wenn sie zugleich sicherstellt, dass die sozial Schwächeren in der Stadt nicht zusätzlich benachteiligt werden. Aber die sozial Schwachen in Hamburg werden nur dann wirklich geschützt werden können, wenn die Starken in Hamburg auch als Steuerzahler bleiben.

Ein Wort zu den Freizeitmöglichkeiten. Hier hat Hamburg seine besonderen Dimensionen, die anders sind als die unseres größten und erfolgreichsten Mitbewerbers München. Wir müssen unsere Dimensionen noch stärker nutzen. Ein Projekt wie z. B. die Alster innerhalb eines Jahrzehnts so zu reinigen – und dieses Projekt über die Wasserpreise der Stadt zu finanzieren –, dass sie wieder zum Baden geeignet wäre, wäre ein wichtiger, wenn auch ein sehr ehrgeiziger Schritt zur weiteren Verbesserung der Freizeitattraktivität des Standortes Hamburg.

Hamburg hat eine besondere Ausgangslage als Standort für die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung. Zu den Nachteilen der Ausgangsposition, wie wir sie heute strukturell spüren, gesellen sich große Vorteile, die wir einbrin-

gen können und einbringen müssen.

Die Fortentwicklung unserer Stadt muss politisch an ihre republikanische und demokratische Geschichte anschließen.

Alle Schritte, die wir in Hamburg zur Sicherung des Standortes tun, müssen deswegen die soziale Qualität der Hamburger Politik in besonderer, unserer Tradition über Jahrzehnte entsprechender Weise einbeziehen.

Soziale Gerechtigkeit muss für die Fortentwicklung Hamburgs ein zentraler Orientierungspunkt bleiben.

In der Hamburger Kulturpolitik – meine Damen und Herren, ich weiß, dass das oft auch auf Kritik stößt – muss deutlich werden, dass es uns nicht nur um die Erhaltung und Entfaltung traditioneller Glanzpunkte geht. So wichtig diese sind, von der Staatsoper – wenn Sie mir deren Erwähnung verzeihen – bis zur Kunsthalle, so sehr müssen wir in der weiteren Entwicklung unserer Stadt das Ziel im Auge behalten, das kulturelle Angebot für die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger Hamburgs zugänglich zu machen.

Dazu gehört auch, dass neue Akzente, wie sie zum Beispiel in der „Fabrik“ heute weit über Hamburg hinaus und auch als eine Attraktion für Organisationen, die in Hamburg Veranstaltungen machen, gelten, gepflegt und gesichert werden.

Es wäre, meine Damen und Herren, ein großer Irrtum zu glauben, die Wettbewerbsqualität des Standortes Hamburg im Vergleich zu den anderen großen Industrie- und Dienstleistungszentren der Bundesrepublik durch eine konservative Wende leisten zu können – im Gegenteil, so scheint mir: Hamburg muss politisch, sozial und kulturell weiter versuchen, an der Spitze des Fortschritts zu stehen.

Hamburger Standortpolitik darf sich im Übrigen nicht nur auf Hamburg beziehen. Denn die geballten ökonomischen Gewichte im Westen und im Süden der Bundesrepublik verlangen vom Norden der Republik ein engeres Zusammengehen.

Wenn wir sagen: Hamburg hilft sich selbst, dann ist das nicht gegen das Umland gerichtet – wie gelegentlich unterstellt worden ist –, sondern unterstreicht unsere Bereitschaft, zur Lösung der gemeinsamen Probleme auch in Hamburg aus eigener Kraft beizutragen.

Hamburg ist aber auch auf das Umland angewiesen, und Hamburg muss deswegen die norddeutsche Wirtschaftsallianz fördern. In dieser Beziehung gibt es zwischen der Opposition und dem Senat eine fast vollständige Übereinstimmung. Allerdings sollte man dann dem Senat auch abnehmen, das wir an einer solchen Zusammenarbeit nicht nur interessiert, sondern dass wir auf diesem Wege auch schon ein gutes Stück vorangekommen sind.

Die vier norddeutschen Küstenländer sollten sich nach meiner Meinung überlegen, ob die Konferenz Norddeutschland – also die gemeinsame Organisation zur Diskussion gemeinsamer Probleme – nicht so organisiert werden könnte, dass im jährlich wechselnden Vorsitz eines der vier Bundesländer jeweils die Federführung in allen wichtigen Bereichen unserer Politik zur Koordinierung erhält. Dies ist heute nicht so. Eine entsprechende Veränderung könnte uns sicherlich in vieler Beziehung schlagkräftiger machen. Denn der Norden sollte zunehmend mit einer Stimme in Bonn sprechen, auch mit einer Stimme seine Interessen in Brüssel vertreten. „Im Zweifel für den Norden“, so habe ich vor einigen Tagen dem Herrn Bundeskanzler in einem Gespräch geraten, sollte zukünftig jede Standortentscheidung, auf die Bonn Einfluss nehmen kann, entschieden werden.

Norddeutsche Zusammenarbeit setzt allerdings auch eine noch stärkere Öffnung Hamburgs für die Interessen der Nachbarländer voraus sowie eine Öffnung des Umlandes für die Hamburger Interessen. Dabei müssen wir als Hamburger auch die Risiken sehen, die eine weitere Öffnung des Wirtschaftsraumes Hamburg gegenüber dem Umland mit sich bringt.

Da bleibt zunächst, meine Damen und Herren, die Gefahr, dass immer bessere Verkehrsanbindungen des Umlandes nach Hamburg auch die Chancen des Umlandes verbessern, seine günstigeren Förderbedingungen, von denen ich vorhin sprach – also die Förderbedingungen zum Beispiel durch Zonenrandmittel –, mit dem Angebot der nahen Metropole Hamburg so attraktiv zu

verbinden, dass Unternehmen, Arbeitsplätze und Steuerzahler mit dem Argument aus Hamburg abgeworben werden können, man sei ja doch fast in Hamburg, bekomme aber außerdem die günstigeren Steuerbedingungen des Umlandes!

Die Öffnung zum Umland verschärft auch die Konkurrenz auf unserem Hamburger Arbeitsmarkt. Schon heute bietet Hamburg netto über 160 000 Menschen aus dem Umland einen Arbeitsplatz. („Netto“ heißt: nachdem wir die Anzahl unserer eigenen Pendler ins Umland abgezogen haben.) Und je besser unsere Verkehrsanbindungen mit dem Umland sind, umso mehr qualifizierte Arbeitnehmer werden sich in Hamburg aus immer größerer Entfernung um die knappen Hamburger Arbeitsplätze bemühen.

Für die schwächeren Hamburgerinnen und Hamburger – Schwächere, die es natürlich auch bei uns gibt – bedeutet dies verschlechterte Chancen, und für die Stadt kann das dann bedeuten, dass die Erfolglosen hier arbeitslos und schließlich Sozialhilfeempfänger werden.

Mir scheint, meine Damen und Herren, dass diese schwierige Frage besserer Verkehrsanbindungen Hamburgs an das Umland von manchem Befürworter zu wenig gesehen wird. Und dennoch gibt es aus meiner Sicht keine Alternative zur stärkeren Öffnung der Stadt gegenüber dem Umland.

Nur muss eine solche Entwicklung begleitet werden von einer vernünftigen Reform der Umlandförderung – ich sprach davon –, damit die Umlandabwanderung nicht noch weiter zunimmt.

Im Übrigen muss die weitere Öffnung der Stadt gegenüber dem Umland auch mit einer metropolen offensiven Politik beantwortet werden. Die Chancen des Dienstleistungszentrums Hamburg müssen für das Umland noch attraktiver gemacht werden. Wir müssen überlegen, ob wir zum Beispiel für den Samstag günstigere Verkehrstarife für das Umland zum Einkaufen in Hamburg schaffen können. Wir müssen den Wochenendtourismus unserer Stadt stärken. Wir müssen das Lieferzentrum Hamburg für die Dienstleistungen und insbesondere das technische Zentrum Hamburg für die Hilfestellung gegenüber dem Umland noch weiter verbessern.

In diesem Zusammenhang möchte ich erneut auf die Bedeutung des kulturellen Angebotes für die Zukunft Hamburgs hinweisen. Eimal wegen der damit verbundenen Arbeitsplätze. Vor einigen Monaten wurde in New York eine Studie veröffentlicht, die erkennen lässt, dass der Bereich der Kultur insgesamt, also Sport, Unterhaltung, Kultur im engeren Sinne, in New York inzwischen 6,5 Milliarden Dollar zum Bruttoinlandsprodukt der Stadt beiträgt.

Es ist kein Zufall, dass die deutschen Großstädte während der letzten Jahre ihren Wettbewerb untereinander durch Museumsbau und Festspiele und alle möglichen Aktivitäten in diesen Bereichen intensiviert haben.

Meine Damen und Herren! Angesichts der begrenzten öffentlichen Mittel unserer Stadt wird es im kulturellen Bereich entscheidend sein, ob es uns gelingt, das traditionelle Hamburger Mäzenatentum erneut zu beleben. Ich werde mich, auch durch neue organisatorische Ansätze, um diesen Bereich bemühen.

Hamburg muss, so scheint mir, im Bereich des Sportes, der Kultur, der Unterhaltung noch stärker ein norddeutsches Zentrum werden. Wir müssen zum Beispiel erneut überlegen, ob nicht doch eine größere Sporthalle notwendig ist, um entsprechende Veranstaltungen in Sport und Unterhaltung nicht mehr an Hamburg vorbeiziehen zu lassen. Auch Hamburgs meteorologische Lage übrigens lässt eine solche Entscheidung wohl eher angeraten sein.

Internationale Veranstaltungen, zum Beispiel Tennis am Rothenbaum oder das Deutsche Derby, sollten in Hamburg gehalten werden. Die notwendigen Entscheidungen sind dafür zu treffen.

Hamburg kann allerdings aufgrund seiner begrenzten finanziellen Möglichkeiten nicht in allen Bereichen Spitzenstellungen einnehmen. Wir müssen eine selektive Politik betreiben.

Aber ich meine, dies sollte ein Hamburger Grundsatz sein: Alles, was wir tun, und dort, wo wir unsere Einrichtungen ausbauen, müssen wir es qualita-

tiv wirklich erstklassig tun. Dies gilt für alle Hamburger Anstrengungen im Wettbewerb um den Standort Hamburg.

Standortpolitik kostet auch Geld. Wir müssen die öffentlichen Defizite eindämmen, aber, meine Damen und Herren, wir dürfen – und ich sage das in diesen Tagen mit besonderer Unterstreichung – Hamburg auch nicht in eine schlechtere Lage bringen als andere Bundesländer und Großstädte.

In allen Bundesländern, bis auf Baden-Württemberg und Bayern – Bayern übrigens ist im Länderfinanzausgleich immer noch Empfänger von Hamburger Geld –, gilt heute eine Finanzpraxis, die es erlaubt, Kredite – langfristige öffentliche Kredite – auch für die Umschuldung, das heißt für die Tilgung anstehender Kredite, zu verwenden. Man nennt das Nettoveranschlagung.

In Hamburg ist diese Frage gegenwärtig politisch umstritten. Bisher haben wir von dieser Möglichkeit nicht Gebrauch gemacht, dafür aber in einer nach meiner Meinung nicht mehr soliden Form während der vergangenen Jahre Kassenkredite aufgenommen.

Würde Hamburg der Weg der Nettoveranschlagung verstellt, also würde Hamburg der Weg verstellt, sich so zu verhalten wie andere Bundesländer und andere Großstädte, müssten wir noch wesentlich tiefere Einschnitte in unsere Ausgaben vornehmen. Diese Einschnitte müssten dann im Wesentlichen bei den Investitionen erfolgen; und es müssten wahrscheinlich noch schmerzhaftere Einnahmebeschlüsse gefasst werden. Dies alles würde Hamburg schädigen.

Ich will das an einem Beispiel für Sie illustrieren, um verständlich zu machen, worum es geht:

Würde man heute den Bundesfinanzminister, Herrn Stoltenberg, in die Enge der Hamburger Veranschlagungspraxis stellen und im Bunde nicht netto, sondern brutto veranschlagen – wie man das nennt –, müsste der Kollege Stoltenberg im Jahre 1983 zusätzlich zu seinen Kassenkrediten, die wohl etwa zwölf Milliarden DM ausmachen, 43 Milliarden DM an Kassenkrediten aufnehmen. Und am Ende 1984 – wenn man ihm unsere finanzpolitische Praxis auferlegen würde – müsste Herr Stoltenberg Kassenkredite in Höhe von rund 100 Milliarden DM oder mehr als ein Drittel seines Haushalts tragen.

So kann der Bund nicht und so kann auch Hamburg nicht verfahren. Ich möchte deswegen alle die, die am Standort Hamburg ein wahres Interesse haben, darum bitten, Senat und Bürgerschaft zu Entscheidungen zu verhelfen, die Hamburg in der Wettbewerbsfähigkeit nicht durch eine formalisierte Veranschlagungspraxis beeinträchtigen.

Ich fasse zusammen: Wenn Hamburg seine Zukunft sichern will, muss sich das „Unternehmen Hamburg“ in jeder Beziehung, auch gewerblich und industriell, stärker als bisher mit der Gesamtentwicklung der Bundesrepublik und der Europäischen Gemeinschaft verbinden.

Hamburg nennt sich das Tor zur Welt. Dieses Tor war und ist weit offen – und es wird weit offen bleiben. Das geschlossene Tor in unserem Wappen ist also offenbar das Tor zum Festland, zum Kontinent, gewesen.

Symbolisch gesprochen müssen wir dieses Tor in unserem Wappen endlich aufstoßen. Der Eckstein der neuen Hamburg-Politik ist die Umorientierung Hamburgs auf die Konkurrenz mit dem Binnenland, mit den Industriezentren des europäischen Kontinents und mit den kontinentalen Wettbewerbern in der Welt. Und dies, meine Damen und Herren, ist nicht nur eine wirtschaftspolitische und nicht nur eine unternehmenspolitische Aufgabe, es ist auch eine Frage der geistigen Orientierung, die wir für unsere Stadt finden müssen.

Eine verstärkte Öffnung der Stadt gegenüber dem Binnenland bedeutet nicht – ich sagte es schon –, dass Hamburg sich aus seiner zentralen Welthandelsfunktion zurückzieht – im Gegenteil: Nur eine auch gewerblich und industriell starke Stadt wird in der Lage sein, das große Dienstleistungszentrum und der große Hafen zu bleiben.

Wir brauchen also beides: Die Festigung unserer bestehenden Position im Welthandel und auf den Meeren und die Sicherung unserer Zukunft auf dem Lande. Hamburg wird deswegen auch in Zukunft für den freien Welthandel eintreten.

Hamburg wird deswegen auch in Zukunft für die Verbesserung der Beziehungen zwischen Ost und West eintreten, aus Gründen unserer Standortpolitik, und zwar nicht nur zur Sicherung des Friedens und des Überlebens, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen.

Hamburg, meine Damen und Herren – so habe ich heute Abend begonnen –, geht durch eine schwierige Zeit. Die neue Hamburg-Politik wird die heutigen Strukturen nur schrittweise ändern können. Bei realistischer Betrachtung müssen wir sehen, dass dies eine schwierige Phase nicht nur weniger Jahre sein wird.

Ich werde im Rahmen meiner Verantwortung als Bürgermeister für die Koordinierung der Hamburger Politik den Planungstab der Stadt mit der zentralen Aufgabe „Standort Hamburg“ betrauen und die politische Arbeit der Stadt noch stärker auf diese Aufgabe ausrichten. Die Aufgabe, meine Damen und Herren, ist lösbar. Denn die Karten sind nicht endgültig gegen uns gemischt – im Gegenteil: Die Ausgangslage ist noch immer günstig. Der Schnittpunkt zwischen Ost und West, die bedeutende Rolle im Welthandel, die wir heute haben, die zahlreichen Talente in der Stadt und ein hervorragender Standort im Norden der Bundesrepublik, der auch nach Nordeuropa vielfach genutzt wird, können für uns als Ausgangsposition weiterhin dienen. Dies alles sind gute Karten, die wir haben.

Aber wir müssen die Ursachen der Schwierigkeiten unserer Stadt verstehen. Ich sagte zu Beginn: Nur wer versteht, kann wirklich helfen. Wir müssen deswegen aufhören, kleinkariertes Hickhack schon für Politik zu halten, wo es um die Existenz unserer Stadt geht. Und wir müssen Kraft und Optimismus haben.

Ich sehe mit Sorge einen zunehmenden Standortpessimismus, der in der Stadt und außerhalb der Stadt verbreitet wird.

Ich appelliere deswegen an dieser Stelle an Sie alle, an alle Hamburgerinnen und alle Hamburger, aber auch an die Hamburger Presse, den Standort Hamburg nicht herunterzureden und nicht herunterzuschreiben.

Psychologie – ich sagte es – bleibt eine zentrale Frage. Es ist nicht gut, wenn in erster Linie negative Nachrichten über unsere Stadt verbreitet werden. Es ist auch bedauerlich, dass man überall in der Bundesrepublik aus der „Süddeutschen Zeitung“ und aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ über unsere beiden großen Konkurrenten, über München und Frankfurt, informiert wird, aber dass keine Hamburger Tageszeitung außerhalb Hamburgs gelesen wird. Dies ist ein wichtiger Wettbewerbsnachteil für unsere Stadt.

Ich appelliere an das Hamburger Selbstbewusstsein und die traditionelle Kraft unserer Stadt. Wenn wir alle unserem Auftrag gerecht werden, wenn wir unnötige politische Streitigkeiten begraben und alle an den Problemen der Stadt mit dem Ernst arbeiten, der der schwierigen Lage Hamburgs angemessen ist, dann werden wir das schwierige Jahrzehnt, das vor uns liegt, auch erfolgreich bestehen.

Im Juni 1922 – also zur Gründung des Übersee-Clubs, Herr Professor Stödter – sagte der Vorstand, es gehe darum, dass – ich zitiere – „durch Zusammenbringung seiner Mitglieder eine einheitliche Stimmung und wirtschaftliche Gesinnung hervorgebracht werde“.

Dies setzt dann auch voraus, dass auch in diesem historischen Club alle politischen und wirtschaftlichen Kräfte der Stadt zusammenfinden können.

Hamburg hat in seiner Geschichte schon eine Reihe schwieriger Jahre erfolgreich bestehen müssen, und Hamburg hat sie bestanden. Bündeln wir unsere Kräfte, bündeln wir sie für die Zukunft unserer Stadt. Ich bin sicher, dann hat das „Unternehmen Hamburg“ eine große Zukunft. ■